Sheri Berman

Gesellschaft, Konflikt und Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist in den letzten zehn Jahren sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universitäten viel diskutiert worden. Nachdem sie sich lange Zeit wirtschaftlichen Entwicklungen, den institutionellen Arrangements und langfristigen historischen Veränderungen gewidmet hat, entdeckt die Forschung zur Demokratie nun erneut den Stellenwert der gesellschaftlichen Beziehungen, Netzwerke und Interaktionen.[1] Diese wissenschaftliche und praktische Neuorientierung hat eine umfangreiche Literatur hervorgebracht, in der Zivilgesellschaft mit so unterschiedlichen Phänomenen wie dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Wesen der amerikanischen Demokratie und ethnischen Konflikten in Verbindung gebracht wird.[2] Gestützt auf Alexis de Tocqueville, der vor mehr als 150 Jahren die Stabilität der Demokratie in den Vereinigten Staaten u. a. auch darauf zurückführt, daß »Amerikaner jeden Alters, jeden Standes, jeder Geistesrichtung (...) sich fortwährend zusammen-(schließen)«,[3] schlußfolgerten viele Wissenschaftler, die Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger, sich Vereinigungen anzuschließen, sei »die Grundwissenschaft; von deren Fortschritten (...) der Fortschritt aller anderen« abhänge.[4] Aus dieser Sicht führt die Teilnahme an Vereinigungen zu »Gewohnheiten des Herzens, die stabile und effektive demokratische Institutionen brauchen«[5] – sie mäßigt Einstellungen, fördert soziale Interaktion, erleichtert Vertrauen und steigert Solidarität und Gemeinsinn. Die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Vereinigungen lehre die Bürger Engagement und Toleranz und erweise sich als ein Übungsfeld für Aktivisten und Führer, die eine Demokratie brauche, und bereite den Boden für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale

1 »Erneut«, weil auch dieser Trend wie meist in der Politikwissenschaft auf Einsichten und Argumente früherer Forschergenerationen zurückgreift. Vgl. z. B. William Kornhauser, *The Politics of Mass Society*, New York, NY. 1959; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt am Main 1955; Sigmund Neumann, *Permanent Revolution*, New York, NY. 1942; Karl Mannheim, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Darmstadt 1958; Erich Fromm, *Die Furcht vor der Freiheit*, Zürich 1945; Edward Shils, »The Theory of Mass Society«, in: Philip Olson (Hrsg.), *America as a Mass Society*, New York, NY. 1963; E.V. Walter, »›Mass Society‹: the Late Stages of an Idea«, in: *Social Research* (1964), Bd. 31, Nr. 4.

2 Robert Putnam, *Making Democracy Work*, Princeton 1993; ders., »Bowling Alone: America's Declining Social Capital«, in: *Journal of Democracy*, 6. Januar 1995; Francis Fukuyama, *Konfuzius und Marktwirtschaft*. Der Konflikt der Kulturen, München 1995; Lawrence Harrison, Samuel Huntington (Hrsg.), *Streit um Werte*. Wie Kulturen den Fortschritt prägen, Hamburg, Wien 2002.

3 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1951, S. 595.

4 Ebd., S. 599.

5 Putnam, *Making Democracy Work*, S. 11; Robert Bellah, Richard Madsen, William Sullivan, Ann Swidler, Steven Tipton, *Gewohnheiten des Herzens*. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln 1987.

Sheri Berman

Gesellschaft, Konflikt und Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist in den letzten zehn Jahren sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universitäten viel diskutiert worden. Nachdem sie sich lange Zeit wirtschaftlichen Entwicklungen, den institutionellen Arrangements und langfristigen historischen Veränderungen gewidmet hat, entdeckt die Forschung zur Demokratie nun erneut den Stellenwert der gesellschaftlichen Beziehungen, Netzwerke und Interaktionen.[1] Diese wissenschaftliche und praktische Neuorientierung hat eine umfangreiche Literatur hervorgebracht, in der Zivilgesellschaft mit so unterschiedlichen Phänomenen wie dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Wesen der amerikanischen Demokratie und ethnischen Konflikten in Verbindung gebracht wird.[2] Gestützt auf Alexis de Tocqueville, der vor mehr als 150 Jahren die Stabilität der Demokratie in den Vereinigten Staaten u. a. auch darauf zurückführt, daß »Amerikaner jeden Alters, jeden Standes, jeder Geistesrichtung (...) sich fortwährend zusammen-(schließen)«,[3] schlußfolgerten viele Wissenschaftler, die Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger, sich Vereinigungen anzuschließen, sei »die Grundwissenschaft; von deren Fortschritten (...) der Fortschritt aller anderen« abhänge.[4] Aus dieser Sicht führt die Teilnahme an Vereinigungen zu »Gewohnheiten des Herzens, die stabile und effektive demokratische Institutionen brauchen«[5] – sie mäßigt Einstellungen, fördert soziale Interaktion, erleichtert Vertrauen und steigert Solidarität und Gemeinsinn. Die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Vereinigungen lehre die Bürger Engagement und Toleranz und erweise sich als ein Übungsfeld für Aktivisten und Führer, die eine Demokratie brauche, und bereite den Boden für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale

1 »Erneut«, weil auch dieser Trend wie meist in der Politikwissenschaft auf Einsichten und Argumente früherer Forschergenerationen zurückgreift. Vgl. z. B. William Kornhauser, *The Politics of Mass Society*, New York, NY. 1959; Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt am Main 1955; Sigmund Neumann, *Permanent Revolution*, New York, NY. 1942; Karl Mannheim, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Darmstadt 1958; Erich Fromm, *Die Furcht vor der Freiheit*, Zürich 1945; Edward Shils, »The Theory of Mass Society«, in: Philip Olson (Hrsg.), *America as a Mass Society*, New York, NY. 1963; E.V. Walter, »›Mass Society‹: the Late Stages of an Idea«, in: *Social Research* (1964), Bd. 31, Nr. 4.

2 Robert Putnam, *Making Democracy Work*, Princeton 1993; ders., »Bowling Alone: America's Declining Social Capital«, in: *Journal of Democracy*, 6. Januar 1995; Francis Fukuyama, *Konfuzius und Marktwirtschaft*. Der Konflikt der Kulturen, München 1995; Lawrence Harrison, Samuel Huntington (Hrsg.), *Streit um Werte*. Wie Kulturen den Fortschritt prägen, Hamburg, Wien 2002.

3 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1951, S. 595.

4 Ebd., S. 599.

5 Putnam, *Making Democracy Work*, S. 11; Robert Bellah, Richard Madsen, William Sullivan, Ann Swidler, Steven Tipton, *Gewohnheiten des Herzens*. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln 1987.

Entwicklung.[6] Kurz, in der Debatte innerhalb und außerhalb der Universitäten setzte sich die dem großen französischen Beobachter der amerikanischen Demokratie zugeschriebene Auffassung durch, umfassende, breite, lebendige Verbandsaktivitäten seien sowohl Voraussetzung wie Anzeichen für gesunde Demokratien, Gemeinwesen und Gesellschaften.

So umfangreich und nützlich die in dieser Debatte entstandene Literatur auch ist, läßt sich wie bei allen Trends auch in ihr eine gewisse Neigung zur Übertreibung nicht übersehen. Besonders problematisch ist die Tendenz, Zivilgesellschaft unabhängig vom Staat und dem breiteren institutionellen Kontext zu betrachten, in den sie eingebettet ist. Das führt häufig zu einer übertrieben optimistischen Darstellung, die die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung progressiver, positiver gesellschaftlicher und politischer Bedingungen überschätzt.

In diesem Aufsatz will ich zeigen, daß Zivilgesellschaft unter bestimmten Bedingungen keineswegs Demokratie und gesellschaftliche Harmonie, sondern vor allem Gewalt, soziale Konflikte und antidemokratische politische Bewegungen begünstigt. Insbesondere behaupte ich, daß der Zuwachs an zivilgesellschaftlicher Aktivität in den Fällen, in denen der Staat und die politischen Institutionen schwach sind und/oder es ihnen an Legitimation mangelt, Anzeichen und vielleicht auch Verstärker für politische und soziale Probleme und für ein wachsendes Konflikt- und Gewaltpotential sein kann. Für diese Dynamik gibt es leider viele historische und zeitgenössische Beispiele. An dieser Stelle soll von zweien die Rede sein: vom Zusammenbruch der Weimarer Republik und dem Aufstieg der Nazis in den 1930er Jahren und vom Aufstieg des radikalen Islamismus in Teilen der heutigen arabischen Welt. Wenngleich zu sehr unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Zusammenhängen auftauchend, lassen sich in diesen Bewegungen Übereinstimmungen ausmachen, die für unser Verständnis um die Rolle der Zivilgesellschaft im politischen und gesellschaftlichen Leben wichtige Hinweise liefern. Sich diese Bewegungen genauer anzusehen, verhilft darüber hinaus dazu, nicht nur die entscheidendsten Tragödien des 20. und ein Schlüsselproblem des beginnenden 21. Jahrhunderts zu verstehen, sondern läßt erkennen, welche Faktoren zum Aufstieg und Erfolg radikaler extremistischer Bewegungen beitragen.

1. *Das Beispiel Deutschlands*

Im ausgehenden 19. Jahrhundert gab es in Deutschland so viele aktive Vereinigungen, daß bei zeitgenössischen Beobachtern von einer *Vereins-*

6 Ein guter Überblick findet sich bei Larry Diamond, »Rethinking Civil Society: Toward Democratic Consolidation«, in: *Journal of Democracy* (1994) 5, S. 3, sowie bei Bob Edwards, Michael Foley, Mario Diani (Hrsg.), *Beyond Tocqueville*. Civil Society and the Social Capital Debate, Hanover, N.H. 2001.

meierei die Rede war, die die gesamte deutsche Gesellschaft ergriffen habe. Dieser Trend war so offenkundig, daß es scherzhaft hieß, wenn sich drei oder mehr Deutsche träfen, gäben sie sich sofort eine Satzung und gründeten einen Verein.[7] Und doch gelang Deutschland trotz dieser blühenden Zivilgesellschaft der Übergang zur Demokratie erst mit dem Zusammenbruch des alten Regimes am Ende des Ersten Weltkriegs, und dieser erste demokratische Versuch währte lediglich 15 Jahre lang. Zudem litt die Weimarer Republik in den 15 Jahren ihrer Existenz ständig unter sozialen Konflikten, die sich schließlich in offener Gewalt entluden und einer totalitären Bewegung die Machtergreifung ermöglichten. Warum hatte die Zivilgesellschaft hier nicht die von ihren Befürwortern prognostizierten positiven Folgen? Wieso konnte das vielfältige, lebendige Vereinsleben in Deutschland Demokratie und gesellschaftliche Harmonie nicht fördern (oder wenigstens deren Destabilisierung verhindern)? Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Fragen liegt in der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft, Staat und politischen Institutionen in Deutschland am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts stiegen die Vereinsaktivitäten in Deutschland spürbar an. Dieser Trend wurde vor allem durch die Verfassung des neuen Deutschen Reichs von 1871 verstärkt, die das allgemeine Wahlrecht gewährte und eine Vielzahl von Gruppen zur Bildung von Organisationen anregte, um sich auf diesem Weg eine Stimme in der Politik zu verschaffen.[8] Zudem wurde die Bildung von Vereinen und Netzwerken durch den langen Konjunkturrückgang begünstigt, der in den 1870er Jahren begonnen hatte. Die »große Depression« machte die Verletzbarkeit bestimmter Gruppen sichtbar und spornte dazu an, sich zu organisieren, um staatliche Hilfen zu erhalten und der breiteren deutschen Bevölkerung die Anliegen der jeweiligen Gruppen vortragen zu können. Und nicht zuletzt wurde die Zivilgesellschaft generell durch die Spannungen gestärkt, die der rasche sozioökonomische Wandel mit sich brachte. Im ausgehenden 19. Jahrhundert entstand nicht nur der deutsche Nationalstaat, es brach auch eine Phase des wirtschaftlichen Übergangs an – der erbarmungslose Fortschritt des Kapitalismus vernichtete alte Unternehmen, Hierarchien und Gemeinschaften, und der einzelne mußte sich einer Welt stellen, in der alte Gewißheiten und Strukturen vor seinen Augen in sich zusammenfielen. Besorgt und ver-

7 Vgl. James J. Sheehan, *Der deutsche Liberalismus.* Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg 1770-1914, München 1983; Thomas Nipperdey, »Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert: Eine Fallstudie zur Modernisierung«, in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie.* Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976.

8 Zu den Trends bei der politischen Beteiligung vgl. Brett Fairbairn, *Democracy in the Undemocratic State.* The German Reichstag Elections of 1898 and 1903, Toronto 1997; Jonathan Sperber, *The Kaiser's Voters.* Electors and Elections in Imperial Germany, Cambridge 1997; Margret L. Anderson, *Practising Democracy*, Princeton 2000; Sheri Berman, »Modernization in Historical Perspective: The Case of Imperial Germany«, in: *World Politics* (April 2001) 53, S. 3.

meierei die Rede war, die die gesamte deutsche Gesellschaft ergriffen habe. Dieser Trend war so offenkundig, daß es scherzhaft hieß, wenn sich drei oder mehr Deutsche träfen, gäben sie sich sofort eine Satzung und gründeten einen Verein.[7] Und doch gelang Deutschland trotz dieser blühenden Zivilgesellschaft der Übergang zur Demokratie erst mit dem Zusammenbruch des alten Regimes am Ende des Ersten Weltkriegs, und dieser erste demokratische Versuch währte lediglich 15 Jahre lang. Zudem litt die Weimarer Republik in den 15 Jahren ihrer Existenz ständig unter sozialen Konflikten, die sich schließlich in offener Gewalt entluden und einer totalitären Bewegung die Machtergreifung ermöglichten. Warum hatte die Zivilgesellschaft hier nicht die von ihren Befürwortern prognostizierten positiven Folgen? Wieso konnte das vielfältige, lebendige Vereinsleben in Deutschland Demokratie und gesellschaftliche Harmonie nicht fördern (oder wenigstens deren Destabilisierung verhindern)? Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Fragen liegt in der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft, Staat und politischen Institutionen in Deutschland am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts stiegen die Vereinsaktivitäten in Deutschland spürbar an. Dieser Trend wurde vor allem durch die Verfassung des neuen Deutschen Reichs von 1871 verstärkt, die das allgemeine Wahlrecht gewährte und eine Vielzahl von Gruppen zur Bildung von Organisationen anregte, um sich auf diesem Weg eine Stimme in der Politik zu verschaffen.[8] Zudem wurde die Bildung von Vereinen und Netzwerken durch den langen Konjunkturrückgang begünstigt, der in den 1870er Jahren begonnen hatte. Die »große Depression« machte die Verletzbarkeit bestimmter Gruppen sichtbar und spornte dazu an, sich zu organisieren, um staatliche Hilfen zu erhalten und der breiteren deutschen Bevölkerung die Anliegen der jeweiligen Gruppen vortragen zu können. Und nicht zuletzt wurde die Zivilgesellschaft generell durch die Spannungen gestärkt, die der rasche sozioökonomische Wandel mit sich brachte. Im ausgehenden 19. Jahrhundert entstand nicht nur der deutsche Nationalstaat, es brach auch eine Phase des wirtschaftlichen Übergangs an – der erbarmungslose Fortschritt des Kapitalismus vernichtete alte Unternehmen, Hierarchien und Gemeinschaften, und der einzelne mußte sich einer Welt stellen, in der alte Gewißheiten und Strukturen vor seinen Augen in sich zusammenfielen. Besorgt und ver-

7 Vgl. James J. Sheehan, *Der deutsche Liberalismus.* Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg 1770–1914, München 1983; Thomas Nipperdey, »Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert: Eine Fallstudie zur Modernisierung«, in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie.* Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976.

8 Zu den Trends bei der politischen Beteiligung vgl. Brett Fairbairn, *Democracy in the Undemocratic State.* The German Reichstag Elections of 1898 and 1903, Toronto 1997; Jonathan Sperber, *The Kaiser's Voters.* Electors and Elections in Imperial Germany, Cambridge 1997; Margret L. Anderson, *Practising Democracy,* Princeton 2000; Sheri Berman, »Modernization in Historical Perspective: The Case of Imperial Germany«, in: *World Politics* (April 2001) 53, S. 3.

wirrt suchten viele deutsche Bürger Zuflucht in den neu entstehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihnen ein neues Gefühl von Gemeinschaft und Wirkungsmächtigkeit vermittelten.[9]

Überdies vertiefte das politische System des Reichs die Kluft zwischen den deutschen Bürgern, statt sie zu überbrücken. Für den ersten, langjährigen Kanzler Otto von Bismarck waren bestimmte Gruppen, vor allem Arbeiter und Katholiken, »Reichsfeinde«. Bismarck isolierte Katholiken wie Arbeiter durch den Kulturkampf und die Sozialistengesetze: Er verstärkte ihr Mißtrauen gegen das System und trug zur Entstehung isolierter politischer und sozialer Milieus bei. Außerdem besaß das neue Reich trotz des allgemeinen Wahlrechts kein parlamentarisches System, so daß die Rolle der politischen Parteien begrenzt und in wichtigen Bereichen verzerrt war.[10] Insbesondere die fehlende Möglichkeit der Parteien zur Regierungsbildung reduzierte die Anreize zur Bildung dauerhafter Kooperationen und zum Eingehen von Kompromissen. Der populärsten und wichtigsten Partei im Deutschen Reich – der Sozialdemokratischen Partei (SPD) – war die Ausübung von Macht, die ihr der Zahl ihrer Anhänger nach zugestanden hätte, verwehrt, so daß sie und ihre Wähler sich der politischen Ordnung noch stärker entfremdeten und noch mißtrauischer gegen andere politische und gesellschaftliche Gruppen wurden. Die liberalen Parteien schließlich konnten sich im Grunde nie an die Ära der Massenpolitik anpassen. Belastet durch Organisationen aus einer Zeit, in der kleine Gruppen der Elite das politische Leben beherrschten, kamen sie über informelle Zusammenschlüsse von Honoratioren ohne größere Unterstützerbasis nicht hinaus. Mit der Zeit erschwerte das den Zugang zu ihrer natürlichen Wählerschaft, dem Mittelstand, so daß sich viele nach anderen Möglichkeiten zur Gestaltung des Lebens in Deutschland umsahen. Zivilgesellschaftliche Organisationen erschienen als kongenialeres und effektiveres Mittel, um Sorgen und Forderungen Ausdruck zu verlei-

9 Hans-Ulrich Wehler, »Der Aufstieg des organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland«, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus.* Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974; Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus.* Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 47ff. Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks.* Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Köln 1970; David Blackbourn, »Between Resignation and Volatility: the German Petite Bourgeoisie in the Nineteenth Century«, in: Geoffrey Crossick, Heinz-Gerhard Haupt, *Shopkeepers and Artisans in 19th Century Europe,* London 1984; ders., *Die Kleinbürger.* Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, München 1998; Jürgen Kocka, *Facing Total War.* German Society 1914-1918, Cambridge 1984.

10 Es gab allerdings wichtige regionale Unterschiede im deutschen politischen System, und die südlichen und südwestlichen Staaten hatten sehr viel liberalere Regierungsformen als Preußen. Zum Föderalismus in Preußen vgl. Manfred Rauh, *Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich,* Düsseldorf 1973; Elmar M. Hucko (Hrsg.), *The Democratic Tradition.* Four German Constitutions, New York, NY. 1987, S. 29–30; Nipperdey, »Der Föderalismus in der deutschen Geschichte«, in: Thomas Nipperdey, *Nachdenken über die deutsche Geschichte,* München 1986; Harwin Spenkuch, »Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des ›deutschen Sonderweges‹«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2003, S. 29.

hen.[11] Dieser Trend manifestierte sich vor allem in der wachsenden Anzahl nationalistischer Organisationen, die sich, wie Geoff Eley meint, am besten als »Symptome und Träger der Veränderung« verstehen lassen. »Sie wurden als markante Organisationen in einem Raum gegründet, der durch die Probleme der veralteten Politik der herrschenden Klasse entstanden war.«[12] Sie fanden breiten Anklang, waren verhältnismäßig »demokratisch« organisiert (d.h. die Mitglieder konnten ohne große Schwierigkeiten mitarbeiten und sich an der Führung der Organisation beteiligen), hoben Gleichheit und Gemeinschaft hervor und eröffneten neue Wege zur Beteiligung am öffentlichen Leben.

So ließ sich schon um die Jahrhundertwende in Deutschland ein klares, beunruhigendes Muster erkennen: das Anwachsen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in angespannten Zeiten, in denen die etablierten politischen Organisationen versagten. Viele Bürger wandten sich vor allem deshalb von nationalen politischen Institutionen ab, weil diese weder willens noch fähig waren, auf ihre Bedürfnisse einzugehen, und engagierten sich in zivilgesellschaftlichen Gruppen. Unter diesen Umständen trugen vereins- und zivilgesellschaftliche Aktivitäten nicht zur Integration der Bürger in die größere nationale Politik oder zur Überbrückung der sozialen Unterschiede bei, sondern verstärkten das Trennende und mobilisierten einzelne Gruppen gegeneinander. Generell wurden die Bürger durch zivilgesellschaftliche Aktivitäten tatsächlich und ganz im Sinne der Prognosen der heutigen Neo-Tocquevillaner sozial und politisch bewußter und engagierter, aber das hatte, wie wir sehen werden, nicht die erhofften positiven und progressiven Folgen.

Nach dem Ersten Weltkrieg trat dieses Muster noch deutlicher hervor. Auf die umfassende Demokratisierung Deutschlands 1918 folgte eine Phase hektischer Aktivität im gesamten deutschen Vereinsleben. Wie bereits in der wilhelminischen Ära war der Anstieg der Vereinigungen auch jetzt keineswegs ein Zeichen für Kohäsion, Konsens oder Stabilität der Gesellschaft, im Gegenteil. Besonders besorgniserregend war, was im entscheidenden Sektor der Mittelschicht geschah. Die bürgerliche Mitte formierte sich nach dem Krieg neu und wollte erklärtermaßen echte Volksparteien bilden, die eine Verbindung zu anderen Teilen der deutschen Gesellschaft herstellen sollten. Doch waren diese Parteien entgegen ihren Bestrebungen nicht in der Lage, sich an das Auf und Ab demokratischer Politik anzupassen. Sie behielten ihren elitären Organisationsstil bei, schafften es nicht, tragfähige Basisstrukturen und

11 Der folgende Teil stützt sich maßgeblich auf Geoff Eley, *Reshaping the German Right*. Radical Nationalism and Political Change After Bismarck, Ann Arbor, 1994. Vgl. auch David Blackbourn, Geoff Eley, *The Peculiarities of German History*, Oxford 1984, S. 144–155; Rudy Koshar, *Social Life, Local Politics, and Nazism: Marburg, 1880–1935*, Chapel Hill, NC 1986; Stefan-Ludwig Hoffmann, *Geselligkeit und Demokratie*. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750–1914, Göttingen 2003.

12 Eley, *Reshaping the German Right*, S. xix.

Netzwerke zu entwickeln, und suchten in der Praxis kaum die Verbindung zu anderen bürgerlichen Gruppen und Vereinigungen. Dadurch kam es zu einer zunehmenden Entfremdung insbesondere des Mittelstands von der Politik. Zusätzlich gefördert wurde dieser Trend durch die große Inflation Anfang der 20er Jahre und weitere wirtschaftliche Probleme der Weimarer Republik. »Ende der 20er Jahre hatte sich die wirtschaftliche Position des unabhängigen Mittelstands so sehr verschlechtert, daß er sich allein auf der Basis des Einkommens nicht mehr vom Proletariat unterscheiden ließ.«[13] Durch die wirtschaftliche Not wuchs im Mittelstand der Groll gegen Arbeiter und andere gesellschaftliche Gruppen, die, wie es schien, vom System unverhältnismäßig profitierten und eigene designierte politische Vertreter besaßen (z.B. die SPD und die Kommunisten). Das verstärkte die Frustration in Teilen des Mittelstands wegen der augenscheinlichen Ineffizienz der »eigenen« liberalen und konservativen Parteien, die zunehmend weniger Unterstützung fanden. Es kam statt dessen zu einem Aufstieg von Splitterparteien, die sich an ganz bestimmte Wählergruppen richteten. 1928 hatten diese Splitterparteien (z. B. Parteien für Bauern, Bayern und viele andere spezifische Gruppen) zusammengenommen mehr Stimmen als ihre etablierteren Vorläufer.

Der deutsche Mittelstand wandte sich in seinem Ärger über die Entwicklung der Weimarer Republik aber nicht nur von den traditionellen liberalen und konservativen Parteien ab, sondern gleichzeitig auch der zivilgesellschaftlichen Sphäre zu. In den 20er Jahren stürzten sich die Angehörigen des Mittelstands in ihre Sportvereine, lokalen Gruppen und vaterländischen Vereine, wo sie die Entschlußkraft und Effektivität zu finden hofften, die sie in den politischen Parteien und der nationalen Politik nicht mehr fanden. Durch diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wuchs jedoch die Distanz zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und zu traditionellen politischen Aktivitäten, was die Probleme Weimars verstärkte. Die Zivilgesellschaft, die einen großen Teil des Engagements der deutschen Öffentlichkeit in nichtstaatliche Gruppen umlenkte, trug dazu bei, den bereits brüchigen gesellschaftlichen und politischen Vertrag der Weimarer Republik zu unterminieren. Koshar meint: »Unter dem Einfluß wachsender politischer Spannungen setzten sich gesellschaftliche Organisationen an die Spitze einer beispiellosen Welle des politischen Desinteresses, die sich von der bürgerlichen Eliten nicht mehr kontrollieren ließen. (...) Viele Wortführer des unpolitischen Weimar behaupteten, soziale Organisationen täten mehr, als nur das politische Elend abzufedern – sie verbänden disparate Klassen

13 Larry Eugene Jones, »The Dying Middle«: Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics«, in: *Central European History*, Bd. 5, 1972, S. 25; vgl. auch Kocka, »The First World War and the ›Mittelstand‹: German artisans and white-collar workers«, in: *Journal of Contemporary History*, 8 (1973), S. 101-123.

und Schichten zu einer moralistischen, antisozialistischen ›Volksgemeinschaft‹. (...) Es gab daher Mitte und Ende der 20er Jahre nicht nur eine Beschleunigung von Spannungen, die ihren Ursprung im Reich hatten, sondern auch einen beispiellosen Bruch zwischen der gesellschaftlichen und politischen Autorität der lokalen Bourgeoisie.«[14]

Ende der 20er Jahre hatte sich in der deutschen Politik ein Vakuum aufgetan, und als die große Depression zuschlug, war das Land in einer sehr prekären politischen Situation. Die Bürger, vor allem aus der Mittelschicht, waren politisch frustriert und unzufrieden. Die etablierten liberalen und konservativen Parteien waren in Auflösung begriffen. Und die Zivilgesellschaft war hoch entwickelt, aber überwiegend zersplittert und dem traditionellen politischen Leben in hohem Maße entfremdet. Für eine disziplinierte, politisch geschickte extremistische Bewegung war diese Situation ein geradezu idealer Nährboden.

Tatsächlich infiltrierten und nutzten die Nazis Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre denn auch nach Kräften das blühende Vereinsleben, das sich in den Mittelschichten der Weimarer Republik entwickelt hatte. Dieses in den Vorjahren gewachsene dichte Netz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen lieferte ihnen das nötige Reservoir an Aktivisten, die in der Lage waren, die Botschaft der Partei zu verbreiten und deren Rekrutierung zu verstärken. Die bürgerlichen »Vereinsmeier« und ihre Organisationen trugen entscheidend zum Erfolg der NSDAP bei. Der Historiker Peter Fritzsche hat festgestellt: »In den letzten Jahren haben bahnbrechende Arbeiten über den Aufstieg des Nationalsozialismus auf die Bedeutung lokaler Zeitungen, kommunaler Honoratioren und freiwilliger Verbände sowie auf die Kraft und Energie ziviler Traditionen hingewiesen. Bei einem allzu desorganisierten und fragmentierten bürgerlichen Gemeinschaftsleben, das belegt das neue Material, hätten die Nazis nie die Ressourcen und sozialen Netzwerke schaffen bzw. nutzen können, die sie für ihren politischen Erfolg brauchten.«[15]

Die Nazis begriffen, daß sich die Fertigkeiten der Vereinsmitglieder sowie die Verbindungen und Ressourcen der zivilgesellschaftlichen Verbände nicht nur für gute, sondern auch für böse Zwecke nutzen ließen. Deshalb bemühten sie sich vor allem um die Rekrutierung von Personen, die Mitglied in vielen Vereinen waren, und nutzten deren Verbindungen und organisatorische Fähigkeiten, um die Sache der Partei zu fördern. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Nazis eine Art »fünfte Kolonne«

14 Koshar, *Social Life*, S. 166. Vgl. auch Gerald Feldman, »German Interest Group Alliances in War and Inflation, 1914–1923«, in: Suzanne Berger (Hrsg.), *Organizing Interests in Western Europe*, Cambridge 1981, und Charles Maier, »Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren«, in: Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus*.

15 Peter Fritzsche, *Rehearsals for Fascism*. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York, NY 1990, S. 13.

bildeten, mit deren Hilfe sie wichtige Lebensbereiche in Deutschland infiltrierten und beherrschten, bevor sie schließlich die nationalen politischen Strukturen des Landes übernahmen. Das wohl beste Beispiel dafür ist R.Walther Darrés »Grüne Front«. Darré wollte die Bauern und die Landbevölkerung für die Nazis gewinnen und erkannte, daß man dazu die vorhandenen landwirtschaftlichen Organisationen übernehmen mußte. Im November 1930 schrieb er in einem Rundschreiben an den agrarpolitischen Apparat der NSDAP, man müsse »sozusagen wie ein fein verzweigtes Wurzelsystem in alle ländlichen Verhältnisse eindringen, sich in ihnen so festsaugen, sie so zu umfangen trachten, daß im Reichsgebiet schließlich nichts mehr auf landwirtschaftlichem Gebiet geschehen kann, was wir nicht übersehen und in seiner Grundlage beherrschen. Es darf keinen Hof, kein Gut, kein Dorf, keine Genossenschaft, keine landwirtschaftliche Industrie, keinen Landbundkreis, keinen ländlichen Reiterverein usw. usw. geben, wo wir nicht mindestens unsere LVL (Landwirtschaftliche Vertrauensleute) derart maßgeblich hineingebracht haben, daß wir nicht sofort das ganze Leben dieser Gebilde politisch lahmzulegen vermöchten«.[16]

Darré konzentrierte sich zunächst darauf, Unterstützer in den unteren Rängen vorhandener Organisationen zu gewinnen, und trat erst dann an die Führungskreise heran. Dieser Ansatz war sehr erfolgreich, und die landwirtschaftlichen Vereine und Verbände der Weimarer Republik erwiesen sich in relativ kurzer Zeit als »praktische Wege zur Verbreitung der Nazi-Propaganda, die den größten Teil der ländlichen Bevölkerung erreichte. So förderten die Gruppen, die als Vermittler fungierten, den Aufstieg des Nationalsozialismus«.[17]

Zusammengefaßt kann man also festhalten, daß die Zivilgesellschaft in Deutschland nicht in der Lage war, die sozialen und politischen Spaltungen und Konflikte zu überwinden, unter denen die Nation seit ihrer Gründung litt. Die Vereine und Verbände des Landes reproduzierten und verstärkten diese Spaltungen und trugen dazu bei, die Bürger gegeneinander zu mobilisieren. Zivilgesellschaftliche Gruppen zogen frustrierte und entfremdete Bürger an und gaben ihnen die nötigen Fähigkeiten und Verbindungen mit, um gegen das System - auch mit Gewalt - aktiv zu werden. Die Nazis erkannten dieses Potential der Zivilgesellschaft und bemühten sich, zivilgesellschaftliche Organisationen zu infiltrieren, um die frustrierten, entfremdeten und mobilisierten Individuen für sich zu gewinnen und sie zum Aufbau einer antidemokratischen politischen Bewegung einzusetzen. Mit anderen Worten: Ohne ein so aktives und gut entwickeltes Vereinsleben hätten die Nazis weder die

16 Rundschreiben Darrés an den aA v. 17.11.1950 (BA-Koblenz, NS 26/951).

17 Bernt Hagtvet, »The Theory of Mass Society and the Collapse of the Weimar Republic: A Re-examination«, in: Stein K. Larsen, Bernt Hagtvet, Jan Petter Myklebust (Hrsg.), *Who Were the Fascists?* Social Roots of European Fascism, Bergen 1980, S. 91.

deutsche Gesellschaft so schnell infiltrieren noch ihre Botschaft so rasch und effizient verbreiten können. Und das wiederum verlieh der NSDAP als politische Bewegung Antrieb und ermöglichte ihr, die vorhandenen demokratischen Institutionen in Deutschland so rasch zu zerschlagen.

2. *Radikaler Islamismus*

Das Beispiel Deutschland ist dramatisch, aber es ist kein Einzelfall. Eine ähnliche Dynamik zeigt sich bei der am wohl häufigsten erforschten heutigen extremistischen Bewegung: dem radikalen Islamismus. Wenn man den Aufstieg des radikalen Islamismus verstehen will, muß man vor allem das Versagen vieler arabischer Staaten und der etablierten politischen Organisationen berücksichtigen und sich klarmachen, wie erfolgreich die Islamisten die Zivilgesellschaft für ihre eigenen Zwekke ausgebeutet haben. Anders ausgedrückt: Wie bei dem deutschen Beispiel bietet auch in Teilen der arabischen Welt die Ausdehnung der Zivilgesellschaft weniger Anlaß zur Freude als zur Sorge, ist sie doch gleichzeitig Spiegel und Ursache der immer geringer werdenden Effektivität und Legitimität der betreffenden Staaten. Darüber hinaus haben die islamistischen Extremisten die Zivilgesellschaft auch als Ausgangspunkt für ihren beeindruckenden Angriff auf den Status quo benutzt.

Wie beim deutschen Beispiel ist auch hier ein Blick auf die Vergangenheit nötig, um die gegenwärtige Situation zu verstehen. Ein guter Ausgangspunkt sind die 1950er und 1960er Jahre, in denen die ehrgeizigen panarabischen Nationalstaaten in großen Teilen der arabischen Welt ihre Blütezeit erlebten. In Ägypten z.B. brachte Gamal Abd el-Nasser in dieser Zeit zahlreiche soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte auf den Weg und träumte von internationalem Ruhm für den Staat Ägypten. Die meisten dieser Träume erwiesen sich Ende der 1960er Jahre als Chimären. Auf internationaler Ebene wurde die Legitimität und Effektivität des Staates durch die Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel im Juni 1967 von vielen in Frage gestellt, während im Inland ein großer Teil der Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen Lage unzufrieden und verzweifelt war. Zu Beginn der 70er Jahre bis zum Ende des Jahrhunderts wurde die wirtschaftliche Lage Ägyptens immer schlechter; es gab einen drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, während die Bevölkerung in der arabischen Welt und insbesondere in Ägypten drastisch anstieg. Das Bevölkerungswachstum im Nahen Osten überstieg zwischen 1980 und 1995 das in Ostasien um das Doppelte und gar das in Schwarzafrika.[18] Es ist nicht verwunderlich, daß das Bevölkerungswachstum weit höher war als der Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens und des Bruttosozialprodukts. Besonders besorgniserregend ist dabei das schnelle Anwachsen der »Jugendrate« in

18 Hier hat es in den letzten Jahren allerdings einen Anstieg gegeben.

der Region: In Ägypten und der arabischen Welt sind etwa 40 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre.[19]

Durch dieses rasche Bevölkerungswachstum konnte der ägyptische Staat die Versprechungen nicht einhalten, die ihm seine politische Unterstützung eingetragen hatten. Die Garantie der Regierung auf schulische Bildung und die Übernahme der Schul- und Hochschulabsolventen in den öffentlichen Dienst war durch den wirtschaftlichen Niedergang wertlos geworden: In den 80er Jahren stand die ägyptische Gesellschaft vor einer Flut von Absolventen höherer Schulen und Universitäten, die keine Stelle fanden. Und selbst für die, die das Glück hatten, eine Anstellung zu finden, sank der Reallohn beständig. In den Worten eines Wissenschaftlers »löste der Rückzug des Regimes vom Berechtigungsprogramm unter den potentiellen Berechtigten, die staatliche Zuwendungen mittlerweile als ihr ›Recht‹ betrachteten, beträchtlichen Groll aus. Insgesamt gesehen, (...) förderte das Regime bewußt die Abhängigkeit der Jugendlichen vom Staat – unter Bedingungen von knappen Ressourcen und Unterentwicklung –, konnte aber seine Versprechen letztlich nicht einhalten. Durch die Erschöpfung des planwirtschaftlichen Modells (...) stand eine ganze Schicht von gebildeten, unterbeschäftigten Jugendlichen für die Mobilisierung durch oppositionelle Gruppen ›zur Verfügung‹«.[20]

Auch das »Sicherheitsventil« der Migration in die ölreichen Golfstaaten begann sich zu schließen. Bis zum Beginn der 80er Jahre waren sehr viele Ägypter nach Saudi-Arabien, Kuwait und an den Golf gegangen, sinkende Ölpreise, politische Unruhen und der Golfkrieg erschwerten diese Option jedoch deutlich.[21]

Damit war der ägyptische Staat im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durch militärische Niederlagen und den Zusammenbruch des Panarabismus sowie durch wirtschaftliches Scheitern und Überbevölkerung belastet. Die Regierung konnte ihren Bürgern weder Arbeitsplätze und Sozialleistungen noch Hoffnung und Orientierung bieten und war weder fähig noch willens, auf die zahlreichen Herausforderungen zu reagieren, vor denen sie stand. Sie erwies sich als relativ resistent gegenüber den deutlichen Liberalisierungstendenzen in vielen anderen Teilen der Welt und zog sich angesichts wachsender Probleme immer stärker in einen autoritären und repressiven Kokon zurück.[22] Ein Beobachter

19 In den entwickelten Ländern liegt die Rate bei 20 %, in den Entwicklungsländern allgemein bei 35 %. Nach allgemeiner Auffassung gelten 25 % als langfristig nachhaltig, während über 35 % als »hohes Risiko« betrachtet werden.

20 Carrie Rosefsky Wickham, *Mobilizing Islam*. Religion, Activism, and Political Change in Egypt, New York, NY. 2002, S. 11f., Kapitel 3, sowie Gilles Kepel, *Der Prophet und der Pharao*. Das Beispiel Ägyptens: Die Entwicklung des muslimischen Islamismus, München, Zürich 1995.

21 Wickham, *Mobilizing Islam*, S. 42f.

22 Es gab zwar eine gewisse Liberalisierung der Wirtschaft (die *Intifah*) und die politische Kontrolle wurde gelegentlich gelockert, aber erstere war nicht einmal ansatzweise geeignet, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, und letztere ging nie so weit, daß sie das Regime wirklich gefährdet hätte.

stellte 1995 besorgt fest: »Im Zentrum des ägyptischen Lebensgefühls gibt es ein furchtbares Gefühl von Enttäuschung.«[23]

Wie sich zeigen sollte, war diese Situation geradezu maßgeschneidert für die Ausbeutung durch eine disziplinierte, politisch geschickte extremistische Bewegung. Islamistische Gruppen besetzten die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Räume, aus denen sich der ägyptische Staat zurückgezogen hatte.[24] In vielen, vor allem ärmeren Landesteilen rückten islamistische Organisationen in den Mittelpunkt des Gemeindelebens, da sie die gesellschaftlichen Güter bereitstellten, die der Staat nicht bieten konnte oder wollte. Islamisten sorgten für die Gesundheitsversorgung, das Wohnungswesen und die Bildung bis hin zur Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung. Sie bemühten sich nach Kräften, die existierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen zu infiltrieren. Seit den 70er Jahren dominieren Islamisten die Studentenvertretungen vieler Universitäten sowie viele wichtige Berufsverbände Ägyptens. Anfang der 90er Jahre z.B. war es der größten islamistischen Gruppe des Landes, der Muslimbruderschaft, in freien und fairen Wahlen gelungen, die Kontrolle in den Ärzte-, Ingenieurs-, Wissenschaftler-, Pharmazeuten- und Rechtsanwaltsverbänden zu übernehmen, und sie bot auch hier ihren Wählern eine Vielzahl dringend benötigter Leistungen.[25] Zudem waren sie so erfolgreich bei der Leitung dieser Organisationen, die ihren Mitgliedern Leistungen boten und ihnen Gehör verschaffte, daß manche Wissenschaftler behaupten, die Berufsverbände seien unter ihrem Einfluß »zu den vielleicht lebendigsten Institutionen der ägyptischen Zivilgesellschaft« geworden.[26]

Durch breite, vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten gewannen die Islamisten Einsicht in die Bedürfnisse und Forderungen großer Bevölkerungsgruppen, so daß sie ihre Selbstdarstellung und Programme entsprechend gestalten konnten. Wie ein Beobachter meint, versuchten die islamistischen Gruppen, »Mann für Mann und Schritt für Schritt die Unterstützung des Durchschnittsägypters zu gewinnen, indem sie für Wohlfahrtseinrichtungen, islamische Schulen, islamische Krankenhäuser, technische Schulen, wirtschaftliche Institutionen, Sozialversicherungen,

23 Fouad Ajami, »The Sorrows of Egypt«, in: *Foreign Affairs* (1995) 75, 5, S. 79.

24 Asef Bayat, »Revolution without Movement, Movement without Revolution: Comparing Islamic Activism in Iran and Egypt«, in: *Comparative Studies in Society and History* (1998) 40, S. 1; Wickham, *Mobilizing Islam*; Moheb Zaki, *Civil Society and Democratization in Egypt*, Kairo 1995. Dabei darf man nicht übersehen, daß andere potentielle Gegenmittel wie säkularer Nationalismus und Sozialismus keine geeignete Grundlage für eine neue revolutionäre Bewegung waren, da man sich in Ägypten bereits – mit unbefriedigenden Ergebnissen – daran versucht hatte.

25 Wickham, *Mobilizing Islam*; Saad Eddin Ibrahim, »Civil Society and Prospects for Democratization in the Arab World«, in: Augustus Richard Norton (Hrsg.), *Civil Society in the Middle East*, New York, NY. 1995, und ders., »Reform and Frustration in Egypt«, *Journal of Democracy* (1996), 7, S. 4.

26 John L. Esposito, *The Islamic Threat*. Myth or Reality?, 3. Aufl., New York, NY. 1999, S. 100–101; Sami Zubaida, »Islam, the state, and democracy: Contrasting conceptions of society in Egypt«, in: *Middle East Report* (1992) 179, S. 8; Wickham, *Mobilizing Islam*, S. 2.

monatliche Zahlungen für die Armen usw. sorgen«.[27] Das Engagement in der Zivilgesellschaft war auch für die islamistischen Bewegungen selbst positiv, weil es ihnen die Gelegenheit bot, Effizienz, Flexibilität und Reaktionsfähigkeit ihrer Organisationen zu verbessern. Durch die Infiltrierung von zivilgesellschaftlichen Verbänden konnte die Bewegung neue Führer rekrutieren und schulen. Zudem hat sie ihre zivilgesellschaftliche Position auch dazu genutzt, sich »das Wissen und die Organisationsfähigkeiten, die finanziellen Ressourcen der Mitglieder und deren Zugang zu Moscheen, Zeitungen, Verlagen, Berufsverbänden und politischen Parteien« anzueignen, »um die Opposition gegen die Regierungspolitik und den Staat zu mobilisieren«.[28]

Die Islamisten haben ihre Unterstützer in ein dichtes Netz aus Vereinen und Verbänden eingebunden, in dem sich ihnen Alternativen zur bestehenden Organisierung der Welt eröffnen, und damit zum Aufbau eines Gemeinschaftsgefühls und einer kollektiven Identität beigetragen, die das Engagement für die Sache und die Bereitschaft, Opfer für sie zu bringen, verstärken. In einem Land wie Ägypten, das politische Beteiligung und sozialen Aktivismus im allgemeinen entmutigt, bot die Mitgliedschaft im islamistischen Verbandsleben vielen erstmals die Gelegenheit, im Leben ihrer Gemeinschaft und Gesellschaft eine sinnvolle, aktive Rolle zu spielen. Der Einschätzung eines Wissenschaftlers zufolge (die in das Lobgesang auf die Zivilgesellschaft, den man in der Literatur so oft findet, einstimmt) bekämpften »die Islamisten die herrschenden Muster politischer Entfremdung und Enthaltsamkeit durch die Förderung einer neuen Ethik zivilen Engagements, die die Beteiligung an der öffentlichen Sphäre zur Pflicht macht, unabhängig von Vorteilen und Kosten«.[29]

Ähnliche Muster finden sich auch in anderen Teilen der muslimischen Welt. Ende der 1960er Jahre setzte nicht nur in Ägypten, sondern auch in vielen anderen arabischen Ländern ein Zerfallsprozeß des impliziten Gesellschaftsvertrags zwischen Regierung und Bürgern ein.[30]

27 John Kifner, »Egypt's new Islamic schools: Setting an example«, In: *The New York Times*, 29. September 1986, S. A2.

28 Mustapha K. Al-Sayyid, »A Civil Society in Egypt?«, in: *Civil Society in the Middle East*, Bd. 1, hrsg. von Augustus Richard Norton, New York, NY. 1995, S. 289; Hrair R. Dekmejian, *Islam in Revolution*. Fundamentalism in the Arab World. 2. Aufl., Syracuse, NY. 1995, S. 97-98; Guilain Denoeux, *Urban Unrest in the Middle East*. A Comparative Study of Informal Networks in Egypt, Iran, and Lebanon, Albany, NY. 1993.

29 Wickham, *Mobilizing Islam*, S. 120; Denoeux, *Urban Unrest*, S. 25.

30 Zu diesen Mustern vgl. Augustus Richard Norton, »The future of civil society in the Middle East«, in: *Middle East Journal* (1993) 47:2, S. 205-221; Bruce Maddy-Weitzman, »The Islamic challenge in North Africa«, in: *Terrorism and Political Violence*, 8:2, S. 171-188; Hilal Khashan, »The new world order and the tempo of militant Islam«, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, 24:1 (1997), S. 5-24; Emmanuel Sivan, »The Islamic resurgence: Civil Society strikes back«, in: *Journal of Contemporary History* 25, S. 353-364; Saad Eddin Ibrahim, »Civil Society and Prospects for Democratization in the Arab World«, in: Norton (Hrsg.), *Civil Society in the Middle East*; Saad Eddin Ibrahim, »Crises, Elites and Democratization in the Arab World«, in: *The Middle East journal*, Bd. 47 (1993), 2, S. 292- 306; Dekmejian, *Islam in Revolution* 1995; Anderson, *Practicing Democracy*.

In weiten Teilen der Region begann der wirtschaftliche Niedergang, verstärkt durch die demographische Entwicklung mit ihrem hohen Potential an arbeitslosen, frustrierten Jugendlichen und durch die destabilisierende Migration in die Städte. Zudem zeigte sich im Oktober 1973 die militärische Ohnmacht der arabischen Regimes gegen Israel auf brutale Weise. Die Staaten, die auf diese Herausforderungen nicht reagieren konnten oder wollten, verloren an Legitimität und Unterstützung durch die Bevölkerung. Islamistische Gruppen besetzten den politischen Raum und hatten großen Anteil an der Befriedigung der wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse vieler Bürger.

In Algerien z. B. führte eine ähnliche Dynamik wie in Ägypten zum Aufstieg der Islamischen Heilsfront (FIS) in eine Position, die 1992 einen Wahlsieg wahrscheinlich machte. Algerien stand Mitte der 80er Jahre vor großen wirtschaftlichen Problemen; mehr als 60 Prozent der Bevölkerung waren jünger als 25 Jahre. Der Staat hatte sich seiner öffentlichen Verantwortung weitgehend entzogen, der Mehrheit der Bevölkerung fehlte es an einer Grundversorgung ebenso wie an Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In diese Leerstelle drang die islamistische Bewegung mit einem breiten Netzwerk aus Verbänden ein, die die so dringend benötigten sozialen Hilfeleistungen und wirtschaftliche Unterstützung boten.[31] Über Gemeinschaftsgruppen wurden Aktivitäten und Programme angeboten, die der Bewegung breite Unterstützung verschafften und die Legitimität des Staates weiter aushöhlten, erkennbar anläßlich des Erdbebens von 1989: »Die Islamisten waren die ersten, die reagierten, und zwar sehr effektiv. Sie, nicht die Regierung, lieferten Decken und Medikamente, und das brachte ihnen weitere Punkte ein, während die Regierung immer stärker als ineffektiv wahrgenommen wurde.«[32]

Die islamistischen Organisationen in Algerien boten den Bürgern auch einige der wenigen Möglichkeiten zu politischem Engagement und politischen Debatten. Die Algerier, so ein Teilnehmer, konnten sich in diesen Vereinen treffen, um »die Probleme zu diskutieren, vor denen das Land stand. Wir sprachen über alles (...) über die Wirtschaft, (...) über alle Aspekte des Lebens«.[33] Die Islamisten konnten über ihren Erfolg in der Zivilgesellschaft Unterstützer mobilisieren und einen mächtigen politischen Apparat aufbauen. »Als (die FIS) 1989 eine juristische Person wurde, bildeten die (zivilgesellschaftlichen) Verbände der Bewegung das Netzwerk zur Unterstützung für die neue Partei.«[34] Die FIS fand »eine breite Unterstützerbasis im Lande (...und konnte)

31 Esposito, *The Islamic Threat*, 1999, S. 182; John Entelis, »Civil Society and the authoritarian temptation in Algerian Politics«, in: *Civil Society in the Middle East*, Bd.1, S.45–86; Kepel, *Der Prophet*, Kapitel 7; Maddy-Weitzman, *The Islamic Callenge*.

32 Esposito, *The Islamic Threat*, S.176.

33 Ebd., S.174.

34 Hannah Davis, »Taking up space in Tlemcen. The Islamist occupation of urban Algeria: An interview with Rabia Bekkar«, in: *Middle East Report* 179 (1992), S.11.

ein in anderen Bereichen fehlendes organisatorisches und ideologisches Niveau genauso wie eine beeindruckende Bilanz von sozialer Verantwortung und Wohlfahrt« in den Kampf gegen das herrschende Regime werfen.[35] Nur die Aussetzung der Wahl und die Verhängung des Kriegsrechts verhinderten, daß die FIS die Macht im Lande übernahm.

Im Libanon war der Staat zwar ohnehin nie so mächtig oder so zentralisiert wie der in Ägypten oder Algerien, sein Zusammenbruch jedoch ebenfalls spektakulär. Mit Beginn des Bürgerkriegs 1970 versorgten die Islamisten und insbesondere die Hisbollah, Hunderttausende verzweifelte Libanesen – vor allem die Schiiten, die größte und ärmste Bevölkerungsgruppe. Heute versorgen Verbände, die der Hisbollah nahestehen, die Bevölkerung mit Ärzten, Krankenhäusern, Wohnungen, sauberem Wasser, Schulen und mehr. Neben der dringend benötigten materiellen Hilfe unterstützt die Hisbollah auch eine große Anzahl von Freizeit- und kommunalen Verbänden, durch die sie neue Anhänger gewinnen, ihre Ideologie verbreiten und so nach und nach die Gesellschaft von innen verändern kann. Ein amerikanischer Besucher berichtet, daß in einer von der Hisbollah geförderten Einrichtung »Kriegsversehrte Körbe flechten, an Computerkursen teilnehmen und Andenken mit dem Logo der Gruppe, einer Faust mit einem AK-47-Maschinengewehr, schnitzen«. Dank ihrer zivilgesellschaftlichen Aktivitäten war die Bewegung in der Lage, »die politischen Gefühle der Empfänger und die Einhaltung der religiösen Gebote zu beobachten«[36] und konnte so »neue Herzen und Köpfe« gewinnen und die Unterstützung »von unten« aufbauen.[37]

3. *Zusammenfassung*

Bei allen zu berücksichtigenden Unterschieden läßt schon eine flüchtige Betrachtung der Beispiele Deutschland und Ägypten auffallende Ähnlichkeiten erkennen. Beide Beispiele zeigen anschaulich, wie Zivilgesellschaft in Situationen, in denen der Staat und die etablierten nationalen politischen Institutionen nicht fähig oder willens sind, auf die Bedürfnisse und Forderungen der Bürger zu reagieren, diesen Raum besetzen kann. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten, so zeigt sich weiter, sind ihrem Charakter nach zwar oft oppositionell, jedoch nicht notwendig demokratisch und friedlich, sondern können extremistischen Bewegungen dienen, die legitime Kritik an einer vorhandenen Ord-

35 Esposito, *The Islamic Threat*, S. 182.

36 Yaroslav Trofimov, »Complex foe: brandishing weapons and aid. Hezbollah Tests U.S. Resolve«, in: *Wall Street Journal*, 17. Dezember 2001, S. 1; Neil MacFarquhar, »To U.S., a terrorist group; to Lebanese, a social agency«, in: *The New York Times*, 28. Dezember 2001.

37 Esposito, *The Islamic Threat*, S. 156; Augustus Richard Norton, Roger Owen, Diane Singerman, James Gelvin, *The Civil Society Debate in Middle Eastern Studies*. Los Angeles, CA. n.d.; Trofimov, ebd.; MacFarquhar, ebd.